



**POLITISCH? KORREKT!**

# **FOKUS KLIMA**

## **Lösungen für eine resiliente deutsche Außenpolitik**

**Ergebnisse der Polis180-Policy  
Kitchen Mai 2021**

**Mit Beiträgen von:**

**Verena Nitschke, Mona Leminski, Henrik Hansen, Christoph Hanschmann, Sarah  
Zitterbarth, Katarina Lange**

**POLIS  
180**

# INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT .....	2
1. GENDER MITDENKEN – KLIMAKRISE BEKÄMPFEN.....	3
2. TRANSATLANTISCHE KOOPERATION BEIM KLIMASCHUTZ: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN.....	5
3. KLIMAWANDELFOLGEN IM GLOBALEN SÜDEN DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG FÜR MEHR KLIMAGERECHTIGKEIT .....	8
ÜBER POLIS180 .....	11

## VORWORT

Anlässlich der Bundestagswahl im September 2021 hat Polis180 eine Policy Kitchen-Workshop-Reihe organisiert. Dabei handelt es sich um ein partizipatives Format, bei dem die Teilnehmenden die Möglichkeit haben, im Austausch miteinander neue, innovative Forderungen und Handlungsempfehlungen an die Außenpolitik der zukünftigen Bundesregierung zu erarbeiten.

Das übergeordnete Thema war: **Wie kann deutsche Außenpolitik widerstandsfähiger gemacht werden?** Basierend auf dieser Leitfrage fanden drei Workshops zu den Themen Zukunft Europas, Sicherheit und Frieden sowie Klima statt. Diese Publikation umfasst die Forderungen und Handlungsempfehlungen zum Thema **Klima**.

2020 sollte ein Schlüsseljahr für die Einlösung des Pariser Klimaabkommens werden. Die Pandemie brachte die internationale Klimapolitik jedoch ins Stocken. Durch die Bundestagswahl 2021 hat Deutschland erneut die Chance, neue Dynamiken mitzugestalten und weltweit einen ambitionierten Klimaschutz zu unterstützen. Viele Herausforderungen stehen bevor: Die EU will bis 2050 klimaneutral werden, Deutschland hat seine Klimaziele im letzten Jahr aber nur aufgrund des Lockdowns erreicht – hier muss aufgeholt werden. Die Länder des Globalen Südens fordern verstärkt, dass mehr Geld für Klimaanpassung ausgegeben und auch die Folgen der Pandemie berücksichtigt werden.

Die USA ist offiziell wieder Mitglied des Klimaabkommens – von ihnen sowie von China und der EU werden die wichtigsten Impulse bei der COP26 in Glasgow erwartet. In den Policy Kitchen-Workshops wurde diskutiert, wie es mit der Klima- und Energiepolitik in Deutschland, in der EU und global weitergehen soll, wie die deutsche Klimapolitik in Zeiten multipler Krisen widerstandsfähiger gestaltet werden kann und wie Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Energiesicherheit nachhaltig beantwortet werden können.

Die folgenden Ergebnisse resultieren aus der Debatte der Teilnehmenden und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinungen der Autor\*innen sowie die institutionellen Positionen ihrer Arbeitgeber dar. Die Autor\*innen haben lediglich die in der Debatte entstandenen Forderungen ausformuliert.

Die Policy Kitchen-Workshops sind Teil des Polis180-Projektes „Politisch? Korrekt!“ zu den Bundestagswahlen 2021, das vom BMFSFJ und der bpb gefördert wird. Das Konzept der Policy Kitchen ist in Kooperation mit unserem Schweizer Partner Think Tank Foraus entstanden, der auch die Plattform bereitgestellt hat.

An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal bei allen Mitwirkenden, Workshopteilnehmer\*innen und Expert\*innen bedanken. Besonderer Dank gilt Leonie Hopgood und Richard Kaufmann für die Organisation der Policy Kitchen. Außerdem möchten wir uns bei Michael Jakob, Gotelind Alber, Frank Umbach, Constanze Haug und Andreas Goldau für die fachliche Expertise bedanken.



**POLITISCH?**  
**KORREKT!**

# **1. GENDER MITDENKEN – KLIMAKRISE BEKÄMPFEN**

*Verena Nitschke, Mona Leminski*

## **Abstract**

Trotz der hohen Relevanz der Wechselwirkungen zwischen Gendergerechtigkeit und Klimawandel wird Gender als Perspektive noch nicht ausreichend in die aktuelle Klimapolitik integriert. Die unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Männer und Frauen sind wissenschaftlich hinreichend dokumentiert. Während Männer stereotypisch mehr zum Klimawandel beitragen, sind Frauen in der Regel diejenigen, die am meisten von den Konsequenzen betroffen sind. Da Kriterien wie Einkommen oder geographische Herkunft auch eine Rolle spielen können, ist eine intersektionale Perspektive von zentraler Bedeutung. Die ungleiche Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen und auf dem Arbeitsmarkt verstärkt Ungleichheiten und hindert Frauen daran, einen umfassenden Beitrag zur Planung, Gestaltung und Umsetzung der Klimapolitik zu leisten. Zu den Herausforderungen gehören die Feminisierung der Umweltverantwortung, ungleiche Strukturen und Prozesse in Institutionen und Behörden, sowie eine sozial- und gendergerechte Umsetzung von internationalen Beschlüssen auf nationaler Ebene.

## **Gender- und Klimagerechtigkeit**

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auf der ganzen Welt präsent und gehören zu den wichtigsten Themen auf der globalen Agenda. Der Klimawandel ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, zwischen dem Globalen Norden und Globalen Süden, den Generationen und insbesondere zwischen den Geschlechtern, denn der Klimawandel und die Klimapolitik sind nicht geschlechtsneutral.<sup>1</sup> Der Klimawandel verstärkt die Korrelation von systematischer Umweltzerstörung und Gendergerechtigkeit.<sup>2</sup>

Dabei sind Frauen von den Wechselwirkungen zwischen Gender, Machtverhältnissen, sozioökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Erwartungen betroffen, die zu einer anderen Erfahrung des Klimawandels und seiner Auswirkungen führen, als Männer sie haben. Dadurch ist Gender eine relevante Kategorie für den Umgang mit dem Klimawandel und seinen Folgen. Durch ihre gesellschaftlich zugeschriebenen Rollen und ihren strukturell ungleichen Zugang zu Ressourcen, sind Frauen beispielsweise stärker von den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels wie Hitze, schlechter Luft- und Wasserqualität und extremen Wetterereignissen betroffen.<sup>3</sup> Gleichzeitig sind Frauen in der globalen Klimapolitik und den Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert. Derzeit sind 67% der relevanten Entscheidungspositionen auf internationaler Ebene von Männern besetzt.<sup>4</sup>

## **Feminisierung der Umweltverantwortung**

Alle Aspekte des Klimawandels sind direkt oder indirekt genderrelevant. Frauen produzieren weniger Kohlenstoffemissionen als Männer, sind jedoch stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen. Diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist vor allem auf gender-stereotypisches Verhalten zurückzuführen. Im Globalen Norden betrifft das zum Beispiel unterschiedliches Mobilitätsverhalten: Männer fahren im Durchschnitt größere Autos und nutzen diese häufiger und für längere Strecken.<sup>5</sup> Gleichzeitig sind Frauen interessierter am Thema Klimawandel, fordern mehr Maßnahmen und haben ein höheres Umweltbewusstsein, wie die Studien des Umweltbundesamtes regelmäßig nachweisen.<sup>6</sup> Um

<sup>1</sup> Bauriedl, Sybille: Geschlechter im Klimawandel: Soziale Differenzierung in der Anpassungsforschung, in: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, Jg. 23, Nr. 1, 8-10.

Sellers, Sam: *Gender and Climate Change: A Closer Look at Existing Evidence*. Global Gender and Climate Alliance, November 2016, [online] <http://wedo.org/wp-content/uploads/2016/11/GGCA-RP-FINAL.pdf>. [23.06.2021]

Alber, Gotelind/ Hummel, Diana/Röhr, Ulrike/ Spitzner, Meike/ Stieß, Immanuel: *Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik*, in APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 68, Nr. 21-23, 2018, 40-47.

<sup>2</sup> Prior, Tahnee Lisa /Heinämäki, Leena: The Rights and Role of Indigenous Women in The Climate Change Regime, in: *Arctic Review on Law and Politics*, Nr. 8, (2017), 193-221.

<sup>3</sup> Sorensen, Cecilia/Murray, Virginia/Lemery, Jay/Balbus, John: Climate change and women's health: Impacts and policy directions, in: *PLoS medicine*, Jg. 15, Nr. 7, 2018.

<sup>4</sup> UN Women: *Gender equality: Women's rights in review 25 years after Beijing*, in: UN Women, 2020, [online] <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2020/03/womens-rights-in-review> [29.06.2021].

<sup>5</sup> Brand, Christian/Goodman, Anna/Song, Yena/Rutter, Harry: Associations of Individual, Household and Environmental Characteristics with Carbon Dioxide Emissions from Motorised Passenger Travel, in: *Applied Energy* Nr. 104, 2013, 158-169.

<sup>6</sup> Siehe die alle zwei Jahre erscheinenden Studien des Umweltbundesamtes (UBA) zum Umweltbewusstsein der Bevölkerung in Deutschland, <http://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/umweltbewusstsein-umweltverhalten>

dieser Ungleichheit entgegenzuwirken empfehlen die Teilnehmenden der Policy Kitchen der neuen deutschen Bundesregierung folgende Maßnahmen:

- Um eine gleichberechtigte Perspektive zu ermöglichen und effektive sowie sozial gerechte Lösungen für den Klimawandel zu erarbeiten, müssen Frauen, ihr Wissen und ihre Lebensrealitäten gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse und Lösungen eingebunden werden.
- Zur effektiven Bearbeitung des Klimawandels braucht es mehr Maßnahmen, die Gender explizit in den Fokus nehmen. Alle klimapolitischen Maßnahmen müssen Gender als Kategorie mitdenken.

### **Institutionalisierung von Gendersensibilität in Klimapolitik**

Um langfristig Klimagerechtigkeit erreichen zu können, muss gender-strategisch in die Klimapolitik und innen- sowie außenpolitische Maßnahmen auf allen Ebenen integriert werden. Hierbei reicht es nicht, den Zusammenhang zwischen Gender und Klima anzuerkennen. Da Institutionen nicht gender-neutral sind, sondern soziale Ungerechtigkeiten häufig aufrechterhalten oder noch verstärken,<sup>7</sup> können Veränderungen in Strukturen und Prozessen dabei helfen, Gender als substanziellen Teil der Klimagerechtigkeit anzuerkennen und ganzheitlich in der Klimapolitik zu verankern. Diese Integration von Gender auf struktureller Ebene sollte in Institutionen, die schwerpunktmäßig zu Klima arbeiten, von Maßnahmen begleitet werden, die das Bewusstsein für Gender verstärken. Zentrale Handlungsempfehlungen der Teilnehmenden an die neue Bundesregierung sind hierfür:

- Daten und Indikatoren, auf deren Grundlage klimapolitische Entscheidungen getroffen werden, müssen nach Gender disaggregiert werden. Es müssen nicht nur mehr, sondern insbesondere auch aussagekräftigere Daten gesammelt werden.
- Bei der Planung und Entwicklung von klimapolitischen Programmen und Strategien müssen diese durch obligatorische Gender Impact Assessments auf ihre Folgen für Gendergerechtigkeit überprüft werden, um Risiken für verstärkte Ungleichheiten vorzubeugen, wobei eine intersektionale Perspektive berücksichtigt werden muss.
- Bewusstseinsbildung und Kompetenzstärkung im Bereich Gender und Klimapolitik, insbesondere von

bestehenden Gender Focal Points, sollte durch Workshops und Trainings in regelmässigen Abständen in allen klimapolitischen Fachbereichen, in allen Institutionen, die schwerpunktmäßig zu Klima arbeiten, und auf allen Ebenen unterstützt werden. Dabei ist ein zentraler Aspekt, dass die Bereiche Adaption und Mitigation gleichermaßen mit einbezogen werden.

- Um gender-integrativen Maßnahmen genug Gewicht und Bedeutung zu verleihen, muss Gender Responsive Budgeting als struktureller Prozess selbstverständlich werden.

### **Umsetzung internationaler Beschlüsse**

Nachdem Gender auf der internationalen Klima Agenda zunächst vernachlässigt wurde, hat es in den letzten Jahren an Anerkennung und Bedeutung gewonnen. Um die Synergien zwischen Klima und Gender zu adressieren, wurde ab 2014 von der UNFCCC das Lima Work Programme on Gender (LWPG) entwickelt.<sup>8</sup> Das LWPG führte 2017 zur Verabschiedung eines zweijährigen Gender-Aktionsplans (GAP), der im Jahr 2019 um ein fünfjähriges erweitertes Lima-Arbeitsprogramm zu Gender und seinen Gender-Aktionsplan verlängert wurde.<sup>9</sup> Die Teilnehmenden betonen die zentrale Bedeutung der Umsetzung dieser Ziele in ihren Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung:

- Umsetzung von internationalen Beschlüssen wie dem Lima Work Programme on Gender auf nationaler Ebene in Form eines klimapolitischen Gender Aktionsplans, der über strategische Ansätze hinaus geht und konkrete Gender transformative Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen beinhaltet.
- Der Gender Aktionsplan muss zudem quantifizierte Ziele, konkrete Zuständigkeiten und festgelegte Fristen enthalten.
- Eine systematische Überprüfung von umwelt- und klimapolitischen Gesetzen und Maßnahmen auf ihre Gender-Integration muss stattfinden.
- Die Bundesregierung sollte für gender-transformative Klimapolitik in internationalen Abkommen eintreten.

<sup>7</sup> Röhr, Ulrike/ Spitzner, Meike/ Stiefel, Elisabeth & von Winterfeld, Uta: Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Ein feministisches Hintergrundpapier. Hg. v. Forum Umwelt & Entwicklung, genanet-Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, in: Bonn/Berlin, 2008, [online] FinaleGeschlechtergerechtigkeit.p65 (genanet.de) [29.06.2021].

<sup>8</sup> UNFCCC: *Draft decision -/CP.20 Lima work programme on gender*, 2014, [online] advanced unedited version of the decision on gender at cop 20 (unfccc.int) [05.06.2021].

<sup>9</sup> UNFCCC: *Enhanced Lima work programme on gender and its gender action plan*, 2019, [online] [https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cp2019\\_L03E.pdf](https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cp2019_L03E.pdf) [05.06.2021].

## 2. TRANSATLANTISCHE KOOPERATION BEIM KLIMASCHUTZ: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

*Henrik Hansen, Christoph Hanschmann*

### Abstract

Nach vier schwierigen Jahren in den transatlantischen Beziehungen ergeben sich mit der Biden Regierung und der neuen Bundesregierung die Hoffnung, dass gemeinsame Herausforderungen in der internationalen Klimapolitik adressiert werden können. Beide Staaten haben sich verpflichtet nationale- und internationale Klimaschutzziele zu erreichen. Dabei ist die Förderung des gemeinsamen Austauschs von Wissen, Technologie und politischen Instrumenten zu begrüßen und von zentraler Bedeutung. Auf internationaler Ebene ist eine stärkere Verknüpfung von Handels- und Klimapolitik notwendig, um Anreize für einen ambitionierten Klimaschutz in Drittstaaten zu erreichen.

### Transatlantische Kooperation beim Klimaschutz

Deutschland und die USA verfolgen ähnliche Interessen in der internationalen Klimapolitik. Sowohl die aktuelle Bundesregierung als auch die US-Regierung sehen sich nach der Rückkehr der USA ins Pariser Abkommen als enge Partner im globalen Kampf gegen den Klimawandel<sup>10</sup>. Das bedeutet, dass sie sich auf internationaler Ebene für verbindliche Klimaziele, stärkere Beiträge einzelner Staaten und mehr Transparenz bei der weltweiten Erfassung von Emissionen einsetzen.

Mit dem Versprechen des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden, den Ausstoß von Treibhausgasen in den USA bis 2030 zu halbieren und den erneuerten EU-Klimazielen haben die transatlantischen Partner ihre national festgelegten Beiträge innerhalb des

Prozesses der Vereinten Nationen erneuert. Mit dem Klimagesetz und dem "Fit-for-55" Gesetzespaket gibt es in der EU einen Rechtsanspruch auf die Einhaltung der Klimaziele. Zusätzlich steht ein sich entwickelndes Arsenal an gesetzlichen Instrumenten für die Einhaltung dieser Ziele zu Verfügung<sup>11</sup>. Ähnliche Schritte sind in den USA auf nationaler Ebene aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress, in absehbarer Zukunft nur schwer zu erreichen. Stattdessen setzt die Biden-Administration stärker auf regulatorische Instrumente wie beispielsweise Produktstandards oder die aktuellen Pläne zur Erneuerung der Infrastruktur, die in Zukunft klimafreundlicher und den Ausstoß von Emissionen vermindern soll.<sup>12</sup>

Für beide Länder ist es von fundamentalem Interesse, dass die nächste Welle der technologischen Innovationen aktiv gestaltet wird, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China zu gewährleisten<sup>13</sup>. Die transatlantische Klimapolitik wird allerdings auch durch unterschiedliche Interessen gekennzeichnet, die eine klima- und sicherheitspolitische als auch ökonomische Dimensionen haben. Die USA sind in den letzten Jahren zu einem Netto-Exporteur von fossilen Brennstoffen und insbesondere Erdgas geworden<sup>14</sup>. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen und einen Übergang zu den erneuerbaren Energien erschweren. Deutschland ist durch den beschlossenen Ausstieg aus der Kohle auch weiterhin auf den Import von Erdgas angewiesen. Die Gasimporte werden jedoch zu großen Teilen aus Russland kommen und nicht aus den USA<sup>15</sup>.

<sup>10</sup> Palacio, Ana/Tagliapietra, Simone: *A Transatlantic Climate Alliance*, in: Project Syndicate, 2. Juni 2021 [online]

<https://www.project-syndicate.org/commentary/biden-trip-to-europe-transatlantic-green-deal-by-ana-palacio-and-simone-tagliapietra-2021-06?referral=b73943> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>11</sup> Europäische Kommission: *Delivering the European Green Deal*, in: European Commission, 14. Juli 2021 [online] [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/delivering-european-green-deal\\_en](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/delivering-european-green-deal_en) [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>12</sup> Determan, Brook J./Landfried, Jessalee L./Boyer, Madeleine/Redd, Julius M./Auslander, James M./Stern, Allyn L.: *Biden Administration Rapidly Advances Climate Change Agenda*, in: National Law Review, 17 Februar 2021 [online] <https://www.natlawreview.com/article/biden-administration->

[rapidly-advances-climate-change-agenda](#) [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>13</sup> Oertel, Janka/Tollmann, Jennifer/Tsang, Byford: *Climate superpowers: How the EU and China can compete and cooperate for a green future*, in: European Council on Foreign Relations, 3. Dezember 2020 [online] <https://ecfr.eu/publication/climate-superpowers-how-the-eu-and-china-can-compete-and-cooperate-for-a-green-future/> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>14</sup> Dyl, Katie: *United States has been a net exporter of natural gas for more than 12 consecutive months*, in: Today in Energy, US Energy Information Agency, 2. Mai 2019 [online] <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=39312> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>15</sup> Schulz, Florence: *Internationale Energieagentur: Deutschland braucht LNG*, in: EURACTIV, 20. Februar 2020 [online]

Trotz der unterschiedlichen Interessen bietet die transatlantische Klimapolitik die Möglichkeit für ein neues Momentum und eine bessere Zusammenarbeit. Dafür ist es notwendig, dass Deutschland aufgrund weitreichender EU-Kompetenzen in der Energie- und Klimapolitik, transatlantische Klima Ambitionen immer auch in einem europäischen Kontext denkt und danach ausrichtet.

### Die Verknüpfung von Handel- und Klimaschutz

Auf internationaler Ebene bieten sich der EU und den USA im Bereich der Freihandelsabkommen die Möglichkeit eine ambitionierte Klimapolitik zu verfolgen. Klimaschutzziele werden bereits in Freihandelsabkommen zwischen der EU, den USA und deren Handelspartnern festgelegt. Die darin aufgeführten Klima-Kapitel (*climate chapters*) weisen allerdings immer wieder Defizite auf, da sie oftmals einen Sonderstatus innerhalb der Abkommen erhalten. Das bedeutet, dass die Missachtung der festgeschriebenen Klimaschutzziele, nicht mit Sanktionen belegt werden kann. Damit fehlt es vielen Klima-Kapiteln - im Vergleich zu anderen Komponenten in Freihandelsabkommen - an Durchsetzbarkeit<sup>16</sup>. Eine verstärkte transatlantische Koordination in diesem Bereich ist zu begrüßen und könnte das fehlende Durchsetzungsvermögen in Zukunft verhindern. Mit einem solchen Schritt könnten die USA und die EU, allein durch ihren Anteil am weltweiten Handelsvolumen, für mehr globalen Klimaschutz und die Einführung von neuen globalen Klimastandards sorgen.

Der europäische Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) hat ebenfalls die Möglichkeit, die klimapolitische Zusammenarbeit auf transatlantischer Ebene zu stärken und eine bessere Verknüpfung von Handels- und Klimapolitik zu bewirken. Die EU plant derzeit dessen Einführung für energieintensive Importprodukte (EITE). Darunter fallen hauptsächlich Stahl-, Brennstoff- und Chemieprodukte<sup>17</sup>. Der Grenzausgleichsmechanismus wird bisher nur auf EU-Ebene diskutiert. In Washington beginnt aktuell eine Debatte über ein ähnliches Instrument, um einen Finanzierungsweg für die Infrastrukturpläne der Biden-Administration zu finden<sup>18</sup> <sup>19</sup>. Die EU versucht mit diesem Instrument unilateral die Ambitionen ihrer Handelspartner beim Klimaschutz zu verstärken und die heimische Industrie vor Wettbewerbern zu schützen, die selbst nicht

oder unzureichend für Klimakosten aufkommen. Das bedeutet, dass Unternehmen, die in Ländern mit unzureichenden Klimaschutzregelungen produzieren, ihre umweltbelastenden Produkte nicht mehr ohne Mehrkosten in die EU einführen können. Der Mechanismus hat außerdem zum Ziel die Abwanderung von Unternehmen, aufgrund von zu hohen Klimaschutzaufgaben, zu vermeiden.

Eine gute transatlantische Partnerschaft ist bei der besseren Erfassung der Menge an Treibhausgasen zur Fertigung von Produkten von Bedeutung. Die Bemessung des CO<sub>2</sub>-Gehalts auf energieintensive Produkte ist wichtig, um Preise und Zölle für importierte Produkte genau zu berechnen. Dabei wäre die klimapolitische Dividende, gemessen am Handelsvolumen beider Staaten und der Einigung auf gemeinsame Standards, beträchtlich. Bei der Implementierung des Grenzausgleichsmechanismus steht die EU vor großen Herausforderungen: Für die Berechnung der ausgestoßenen Treibhausgase, braucht es belastbare und valide Messungen, die oftmals vor Ort in den Handelspartnerländern durchgeführt werden<sup>20</sup>. Der Mechanismus könnte die Länder des globalen Südens außerdem vor Export Verluste stellen und wirtschaftlich benachteiligen. Oft mangelt es den Ländern des globalen Südens dabei nicht an Willenskraft, sondern an den Kapazitäten klimafreundliche Produkte herzustellen. Im Falle einer Einführung bietet der Grenzausgleichsmechanismus die Möglichkeit, die Länder bei der Wende hin zu erneuerbaren Energien finanziell zu unterstützen. Das würde bedeuten, dass die Einnahmen aus dem CBAM, die direkt in den EU-Haushalt einfließen, in die betroffenen Länder reinvestiert wird.

### Wie der Weltklimagipfel in Glasgow zu einem Erfolg werden kann

Ende April veranstaltete US-Präsident Joe Biden einen internationalen Klimagipfel mit 40 Staats- und Regierungschefs. Dabei erklärten sich die USA bereit, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030 um etwa 50 Prozent zu reduzieren, gemessen an den Emissionen im Jahr 2005.<sup>21</sup> Das Washingtoner Treffen sollte teilnehmende Länder dazu ermutigen, im Vorfeld der COP26 in Glasgow, eine ambitionierte Klimapolitik zu verfolgen. Es waren die USA, die das

---

<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/internationale-energieagentur-deutschland-braucht-Ing/> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>16</sup> Cross, Ciaran: *Anchoring climate and environmental protection in EU trade agreements*, Berlin: PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V., 2020.

<sup>17</sup> vgl. Europäische Kommission: *Proposal Establishing A Carbon Border Adjustment Mechanism*, in: European Commission, 14 Juli 2021 [online] [https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/carbon\\_border\\_adjustment\\_mechanism\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/carbon_border_adjustment_mechanism_0.pdf) [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>18</sup> vgl. Nordhaus, William: *Climate Clubs: Overcoming Free-Riding in International Climate Policy*, in: *American Economic Review*, Jg. 105, Nr. 4, 2015, S. 1339-70.

<sup>19</sup> vgl. Taylor, Kira, *US lawmakers push carbon border tariff similar to EU's CBAM*, in: EURACTIV, 10. August 2021 [online] <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/us-lawmakers-push-carbon-border-tariff-similar-to-eus-cbam/> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>20</sup> vgl. Ambec, Stephan/ Crampes Claude: *How the CBAM changes carbon pricing within the EU*, in: European University Institute, Florence School of Regulation, 14. April 2021 [online] <https://lifedictproject.eui.eu/2021/04/14/how-the-cbam-changes-carbon-pricing-within-the-eu/> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>21</sup> vgl. Thielges, Sonja: *Biden's Climate Agenda- Domestic Policy Scope and Potential Arenas for Transatlantic Cooperation*, in: *Facts & Findings: Konrad-Adenauer Stiftung*, Nr. 438, 2021 [online] <https://www.kas.de/documents/>

Treffen nutzen, um ihren Anspruch auf eine Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik zu verdeutlichen. Die Biden-Administration veröffentlichte dazu einen internationalen Klimafinanzierungsplan, ließ aber konkrete Finanzierungssummen offen<sup>22</sup>. Es wurde nur bekannt, dass die USA rund 5.7 Milliarden US-Dollar an jährlichen Finanzmitteln bereitstellen würden, wovon 1.5 Milliarden US-Dollar für die Klimaanpassung vorgesehen seien.

Die weltweite Klimaschutzfinanzierung kann über den Erfolg der COP26 in Glasgow entscheiden. Die westlichen Industrienationen aus Europa und Nordamerika sind angehalten eine stärkere Bereitschaft in diesem Bereich zu signalisieren. Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens haben sich die Vertragsstaaten darauf geeinigt, rund 100 Milliarden Dollar an jährlichen Klimaschutzmaßnahmen im globalen Süden bereitzustellen. Diese Summe wurde bis jetzt allerdings noch nicht zur Verfügung gestellt.<sup>23</sup> Die Finanzhilfen aus dem Grünen Klimafonds sind dabei eine der wichtigsten multilateralen Unterstützungsmechanismen und zeigen die Bereitschaft der westlichen Staaten, den Globalen Süden bei der Klimaanpassung zu unterstützen. In dem Grünen Klimafond verpflichten sich die westlichen Industrienationen einer Großzahl an Schwellen- und Entwicklungsländern Finanzierungshilfen zur Verfügung zu stellen.<sup>24</sup> Dessen momentane finanzielle Ausstattung ist jedoch nicht ausreichend, um mit den klimabedingten Anpassungsmaßnahmen Schritt zu halten.

#### **Fazit: Unsere Handlungsempfehlungen**

Ein intensiver Austausch von Wissen, Technologien und politischen Instrumenten ist von zentraler Bedeutung, damit die transatlantischen Partner den klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft gewachsen sind. Die USA und EU sollten zukünftig eine stärkere Führungsposition in der internationalen Klimapolitik übernehmen. Deutschland ist zu empfehlen die gemeinsamen Interessen zu den USA vertiefen und stärker in einem europäischen Rahmen agieren.

1. Deutschland und die USA sollten sich dafür einsetzen, die Stellung von Klima-Kapiteln in Freihandelsabkommen zu stärken.
2. Zu den bevorstehenden Verhandlungen des Fit-for-55 Pakets und des Grenzausgleichsmechanismus empfehlen sich folgende Punkte:

- a. weniger entwickelte Länder könnten grundsätzlich von der CO<sub>2</sub>-Abgabesteuer befreit werden;
- b. energieintensive und stark gehandelte Produkte sind primär zu versteuern;
- c. Erlöse aus dem europäischen Grenzausgleichsmechanismus sollten in Dekarbonisierungsprozesse von EU-Handelspartnern reinvestiert werden

3. Die COP26 in Glasgow ist seitens der USA und Deutschlands zu nutzen, um finanzielle Unterstützung gegenüber Ländern zu signalisieren, die vom Klimawandel betroffen sind. Dabei gilt es bestehende Klimafinanzierungsinstrumente zu stärken.

---

252038/11055681/Biden's+Climate+Agenda.pdf/4f1eaf54-9721-89c4-9b6a-1e68419563eb?version=1.0&t=1622631516602 [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>22</sup> vgl. White House: U.S. International Climate Finance Plan, in: White House: Statement and Releases, 22. April 2021 [online] <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/04/U.S.-International-Climate-Finance-Plan-4.22.21-Updated-Spacing.pdf> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>23</sup> vgl. Geall, Sam/Peters, Rebecca/Tsang, Byford/Erickson, Andrew/ Collins, Gabriel: *Can America Trust China to Fight Climate*

*Change? - The Debate Over Competition and Cooperation*, in: Foreign Affairs, 23. Juli 2021 [online] <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-07-23/can-america-trust-china-fight-climate-change> [abgerufen am 15.09.2021].

<sup>24</sup> vgl. Schalatek, Liane: *Bidens Gipfel bringt Ambitionsschub aber keine US-Vorreiterrolle im internationalen Klimaprozess*, in: Heinrich-Böll-Stiftung, 29. April 2021 [online] <https://www.boell.de/de/2021/04/29/bidens-klimagipfel-bringt-ambitionsschub-aber-keine-us-vorreiterrolle>.

# 3. KLIMAWANDELFOLGEN IM GLOBALEN SÜDEN

## DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG FÜR MEHR

### KLIMAGERECHTIGKEIT

Sarah Zitterbarth, Katarina Lange

#### Abstract

Die Klimakrise trifft schon jetzt die Länder im Globalen Süden und die ärmsten Bevölkerungsgruppen besonders hart. Diese ökonomisch und geographisch benachteiligten Länder haben jedoch am wenigsten zur Klimakrise beigetragen<sup>25</sup> und verfügen über wenig Ressourcen, um sich an die Folgen anzupassen oder Resilienz aufzubauen. Klimagerechtigkeit bedeutet deshalb, dass unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips diese ungleiche Verteilung von Klimawandelfolgen ausgeglichen wird und Industriestaaten wie Deutschland eine besondere Verantwortung bei der finanziellen und technischen Unterstützung der Länder des Globalen Südens übernehmen<sup>26</sup>.

Wir haben in unserem Workshop die Folgen und Herausforderungen, die mit Klima(un)gerechtigkeit einhergehen, beleuchtet. Darauf folgte eine Diskussion, wie Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden und seine klimapolitischen Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens gestalten kann. Im Mittelpunkt standen Fragen der globalen Energiewende und einer kohärenten Klimaaußenpolitik. Daraus sind zwei Handlungsempfehlungen bzw. Lösungsideen entstanden, die im Weiteren dargestellt werden.

---

<sup>25</sup> Hicel, Jason: Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary, in: *The Lancet: Planetary Health*, Jg. 4, Nr. 9, 2020, S. 399.404

<sup>26</sup> Weischer, Lutz/Christoph Bals: Die neue Regierung muss Verantwortung fürs Klima übernehmen, in: *Weitblick - Zeitung für eine global gerechte und zukunftsfähige Politik*, Nr. 2, 2021 [online] [https://germanwatch.org/sites/default/files/GW\\_Weitblick\\_02-2021-210901-WEB.pdf](https://germanwatch.org/sites/default/files/GW_Weitblick_02-2021-210901-WEB.pdf) [abgerufen am 15.09.2021]

<sup>27</sup> ReCommons Europe: *Impact of European Policies on the Global South and Possible Alternatives*, k.O.: ReCommons Europe, 2020, S. 9-15

#### 1. Ressortübergreifende Klimaaußenpolitik für mehr Klimagerechtigkeit schaffen

Die Klimakrise mit ihren verheerenden Folgen, insbesondere im Globalen Süden, ist schon lange nicht mehr nur ein Thema der Umweltpolitik. In ihrer Multidimensionalität der Ursachen und Folgen und als globale Herausforderung, die nur gemeinsam gemeistert werden kann, ist sie ein zentrales Thema der Außenpolitik geworden.

Politische Entscheidungen von Deutschland in verschiedenen internationalen Politikbereichen, wie zum Beispiel Handel, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit, haben einen Einfluss auf das Klima und die Lebensbedingungen der Menschen in Ländern des Globalen Südens<sup>27</sup>. Woher und wie wir Rohstoffe gewinnen steht beispielsweise in direktem Zusammenhang mit Fragen der Menschenrechte sowie des Umwelt- und Klimaschutz<sup>28</sup>. Klimagerechtigkeit kann nur geschaffen werden, wenn in Deutschland die Komplexität der Klimakrise ressortübergreifend behandelt wird und die Folgen des eigenen politischen und wirtschaftlichen Handelns für Klima(un)gerechtigkeit transparent gemacht und abgewogen werden. Deutschland fehlt jedoch eine kohärente und ressortübergreifende Klimaaußenpolitik, welche die Klimakrise bei allen Aufgaben und Zielsetzungen der auswärtigen Beziehungen Deutschlands berücksichtigt. Ein solcher *whole-of-government-approach* ist für eine nachhaltige und resiliente außenpolitische Strategie für Klimaschutz und -anpassung sowie Klimagerechtigkeit unabdingbar.

<sup>28</sup> AK Rohstoffe: Neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung ignoriert Klimaschutz und Menschenrechte. *Gemeinsame Pressemitteilung des Arbeitskreis Rohstoffe mit Brot für die Welt, BUND, Christliche Initiative Romero, Forum Umwelt & Entwicklung, Germanwatch, INKOTA, MISEREOR, NABU, PowerShift, WEED, WWF*, in: AK Rohstoffe, 15.01.2020 [online] <https://ak-rohstoffe.de/pm-neue-rohstoffstrategie-der-bundesregierung-ignoriert-klimaschutz-und-menschenrechte/> [abgerufen am 15.09.2021]

Die neue Bundesregierung sollte deshalb als selbsternannter Klimavorreiter folgende Handlungsempfehlungen in der kommenden Legislaturperiode berücksichtigen:

- Über die Funktionen des bestehenden Klimakabinetts hinaus, sollten die klimaaußenpolitischen Wirkungen aller Bundesministerien systematisch erfasst werden, zum Beispiel durch einen "Klima-Check". Ein solches Instrument zur Gesetzesfolgenabschätzung, basierend auf einer standardisierten wissenschaftlichen Methodik, könnte (un)beabsichtigte Auswirkungen auf Umwelt und Klima in Deutschland und in Ländern des Globalen Südens sichtbar machen.
- Die neue Bundesregierung sollte sich klar zu Klimagerechtigkeit bekennen, welche eine soziale, ökologische, menschenrechtliche und feministische Perspektive beinhaltet. Eine solche umfassende Klimagerechtigkeit sollte ein Leitprinzip der deutschen (und europäischen) Klimaaußenpolitik werden. Das Leitprinzip könnte in einem "Aktionsplan Klimagerechtigkeit" genauer definiert werden und in die neuen Leitlinien der zukünftigen Bundesregierung aufgenommen werden.
- Deutschland spielt eine wichtige Rolle bei der globalen Energie- und Verkehrswende und sollte diese unter Berücksichtigung des Leitprinzips Klimagerechtigkeit vorantreiben. Die nationale Wasserstoffstrategie<sup>29</sup> sollte Länder des Globalen Südens beispielsweise nicht nur als Rohstofflieferanten betrachten, sondern auch darauf abzielen, grüne Wasserstoffwirtschaften in Partnerländern aufzubauen, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Zielkonflikte vor Ort.
- Das Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Schritt zu mehr globaler Gerechtigkeit. Unsere Art zu wirtschaften darf nicht weiterhin auf Kosten des Globalen Südens gehen. Klima und Biodiversität als Schutzgüter dürfen im Lieferkettengesetz nicht ausgeklammert werden<sup>30</sup>. Hier sollte die neue Bundesregierung das Gesetz nachbessern.
- Die neue Bundesregierung sollte das deutsche Rechtssystem weiterentwickeln und die Natur als Rechtssubjekt anerkennen. Des Weiteren sollte sie als Teil ihrer Klimaaußenpolitik die globale Bewegung für die

<sup>29</sup> BMWi: *Die Nationale Wasserstoffstrategie*, in: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2020 [online] [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?\\_\\_blob=publication-file](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publication-file) [abgerufen am 15.09.2021]

<sup>30</sup> DUH: *Lieferkettengesetz im Bundestag: Enttäuschend für Umwelt- und Klimaschutz*, in: Deutsche Umwelthilfe, 10.06.2021 [online] <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/lieferkettengesetz-im-bundestag-enttaeuschend-fuer-umwelt-und-klimaschutz/> [abgerufen am 15.09.2021]

Rechte der Natur unterstützen, um weltweit das Recht aller Lebewesen auf Leben zu fördern (Ecuador und Bolivien haben die Rechte der Natur bzw. 'Mutter Erde' in ihren Verfassungen verankert und auch Schweden berät über einen solchen Vorschlag)<sup>31</sup>.

## **2. Partnerschaften und Capacity Building für den globalen Klimaschutz**

Im Pariser Klimaabkommen von 2015 haben sich die EU und andere Industrieländer dazu verpflichtet, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und beim Erreichen ihrer jeweiligen nationalen Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) zu unterstützen. Aufgrund schwacher Institutionen, Kapazitäts- und Finanzierungsengpässen stellt das Erreichen der NDCs für viele Länder im Globalen Süden eine große Herausforderung dar<sup>32</sup>. Das Ziel, die globale Erderwärmung auf 1,5 ° Celsius zu begrenzen, kann nur erreicht werden, wenn alle Länder ihre Klimaschutzbeiträge erfüllen und klimagerechte Entwicklungspfade einschlagen. Die neue Bundesregierung sollte in der kommenden Legislaturperiode deshalb weiter an globalen Partnerschaften zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzbeiträge festhalten und diese ausweiten. Für die Ausgestaltung von Partnerschaften werden folgende Aspekte als besonders wichtig erachtet:

- Die Partnerschaften sollten nicht nur Technologietransfer, sondern auch Capacity Building fördern. Der Aufbau von institutionellen, personellen und fachlichen Kapazitäten kann dazu beitragen, die Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz vor Ort langfristig zu stärken.
- Zwischen Deutschland und Ländern des Globalen Südens sollten Forschungspartnerschaften etabliert werden. Die Stärkung von Forschung zu Klimaschutz und Klimafolgen vor Ort kann helfen, von vornherein Maßnahmen und Lösungswege zu entwickeln, die auf regionale Gegebenheiten zugeschnitten sind.
- In den Partnerschaften sollten neben dem Klimaschutz auch die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) berücksichtigt

<sup>31</sup> Ax, Christine: *Die Natur braucht Schutz*, in: Böll Thema, Heinrich-Böll-Stiftung, 2020 [online] <https://www.boell.de/de/2020/10/02/die-natur-braucht-schutz> [abgerufen am 15.09.2021]

<sup>32</sup> BMZ/ BMU: *Globale Partnerschaften zur Umsetzung der nationalen Klimabeiträge (NDCs) - NDC Partnerschaft*. in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 2016 [online] [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/cop22\\_ndc\\_partnerschaft\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/cop22_ndc_partnerschaft_bf.pdf) [abgerufen am 15.08.2021]

werden. Maßnahmen zum Klimaschutz sollten stets im Einklang mit den SDGs stehen<sup>33</sup>. Ebenso sollte mit den Partnerschaften gezielt der Aufbau von Resilienz und die Anpassung an den Klimawandel gefördert werden.

- Die Partnerschaften zwischen Deutschland und den Ländern des Globalen Südens sollten gleichberechtigt und auf Augenhöhe stattfinden.

---

<sup>33</sup> Dzebo, Adis/Janetschek, Hannah/Brandi, Clara/Iacobuta, Gabriela: *Connections between the Paris Agreement and the 2030*

*Agenda. The case for policy coherence. Working Paper*, Stockholm: Stockholm Environment Institute, 2019.

## **Über POLIS180**

**Berlin, September 2021**

Veröffentlicht von Polis180 e.V.

Vertreten durch:

Ricarda Lindau, Präsidentin

Lukas Hochscheidt, Präsident

Lisa Marie Rumpf, Schatzmeisterin

Herausgeber: Polis180 e.V.

Organisation der Policy Kitchen: Leonie Hopgood,  
Richard Kaufmann

Layout: Gerold Stabel

Dieses Polis Paper gibt ausschließlich die Meinung der Autor\*innen wieder. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den Autor\*innen. Dieses Polis Paper ist im Rahmen des Projektes „Politisch? Korrekt! - Unser Beitrag zur Bundestagswahl 2021“ entstanden.

Mit dem Projekt „Politisch? Korrekt!“ setzt sich Polis180 für eine zukunftsgerechte deutsche Außen- und Europapolitik ein, die die Perspektiven junger Bürger\*innen wahrnimmt und die junge Generation beteiligt.

Mehr zum Projekt unter: [www.polis180.org/bundestagswahl2021/](http://www.polis180.org/bundestagswahl2021/)

Polis 180 hat zum Ziel, die innovativsten Ideen- und Talentschmiede von und für junge ExpertInnen zu sein und will ihnen als inklusive Plattform die Möglichkeit geben, außen- und europapolitische Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Als Grassroots-Thinktank brechen wir die etablierte Außen- und Europapolitik auf, entwickeln unvoreingenommen und ohne Zwänge neue Ideen und verhelfen ihnen zum Durchbruch. Als Bindeglied bringen wir in unserer Arbeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammen und wirken so der wachsenden Kluft zwischen ihnen entgegen.



Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Gefördert  
durch die



Bundeszentrale für  
politische Bildung

**POLIS180**

**KIEFHOLZSTRASSE 2**

**12435 BERLIN**

**WWW.POLIS180.ORG**

**INFO@POLIS180.ORG**

